

Amt-Demmin-Land

Beschlussvorlage für Amt Demmin-Land

öffentlich

Beschlussfassung zur überplanmäßigen Ausgabe für Büroausstattung und Einbau einer Glaswand

| | |
|-------------------------------------|---------------------------------------|
| <i>Federführend:</i> LVB | <i>Datum</i> 16.07.2021 |
| <i>Bearbeitung:</i> Jörg Puchert | <i>Vorlage-Nr.</i> VO/AA 19/21/092 |

| <i>Beratungsfolge</i> | <i>Geplante Sitzungstermine</i> | <i>Ö / N</i> |
|--|---------------------------------|--------------|
| Amtsausschuss Amt Demmin-Land (Entscheidung) | 14.12.2021 | Ö |

Sachverhalt

Das Amt Demmin-Land muss sich im Wettbewerb um neue Kräfte gegen andere Mitbewerber durchsetzen. Wichtige Voraussetzung dafür ist, sich als moderner Arbeitgeber mit mindestens dem Standard entsprechenden Arbeitsplätzen zu präsentieren. Zu den Modernisierungsarbeiten gehören nicht nur EDV-Erneuerungen, sondern auch Investitionen ins Gebäude und die Büroarbeitsplätze. Weiterhin gehören flexible familienfreundliche Arbeitszeiten als auch ein Homeoffice-Angebot dazu.

Das Amt steht vor der Herausforderung, in den nächsten Jahren Personal durch Ruhestandsübergänge ersetzen zu müssen. Die Erneuerung der EDV haben wir für alle spürbar in Gang gesetzt, Investitionen ins Gebäude laufen bereits, moderne Arbeitszeitregelungen haben wir, Homeoffice in der Form des mobilen Arbeitens werden wir einführen. Nur die Büroarbeitsplätze sind noch auf dem Stand Ende der Achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts. Einige Mitarbeiter benötigen dringend höhenverstellbare Schreibtische. Daher wurde ein Rahmenvertrag zur Lieferung von Büroausstattung ausgeschrieben und abgeschlossen. Ziel ist die möglichst zügige Ausstattung mit höhenverstellbaren Steh-/Sitzschreibtischen samt Beiwerk.

Da wir Einsparungen im Personalbereich haben, sollen diese Mittel zur Ausstattungsverbesserung eingesetzt werden. Weiterhin wird in das Gebäude investiert, eine Glaswand soll zwischen Einwohnermeldeamt und Kasse errichtet werden, welche eine klare Verbesserung der Akustik darstellt. Den größeren Teil der Einsparungen im Personalbereich haben wir zur Finanzierung des neuen Brandschutzbedarfsplans eingesetzt. Die Belastungen des Personalausfalls stemmt die nicht von Krankheit belastete Belegschaft.

Im Nachgang zu einer E-Mailabfrage fand zu dieser Thematik am 10.11.2021 eine Bürgermeisterdienstberatung statt. Im Ergebnis haben die neun anwesenden Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie die Amtsvorsteherin positiv votiert. Weiterhin sind im Vorfeld drei Zustimmungen per E-Mail eingegangen. Daraufhin wurden entsprechende Aufträge ausgelöst.

